

MDL-NEWSLETTER

1/2021

BERND KRÜCKEL MDL
Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL
Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg



TITEL

TREFFEN IM LANDTAG



Stefan Lenzen, Thorsten Manguay
(DeinWerk gGmbH), Klaus Meier
(Lebenshilfe Heinsberg e.V.), Karl-Josef
Laumann (Minister für Arbeit, Gesund-
heit und Soziales), Claudia Middendorf
(Beauftragte der Landesregierung für
Menschen mit Behinderung), Bernd
Krückel und Thomas Schnelle

Die Lebenshilfe Heinsberg ist ein Verein für Menschen mit Behinderung und steht seit Jahrzehnten für eine offene, vielfältige Gesellschaft. Im Rahmen des von der Aktion Mensch geförderten Langzeitprojekts „Kultur ohne Barrieren“ wurde eine Parkbank entworfen, der ein Stück Sitzfläche fehlt.

Auf der verlängerten Rückenlehne steht die Botschaft „Kein Platz für Ausgrenzung“. Damit soll diese Bank nicht nur eine Sitzgelegenheit bieten, sondern auch als

Raum- und Diskussionsobjekt zum Nachdenken anregen. Die Lebenshilfe Heinsberg e.V. sowie die Schreinerei der DeinWerk gGmbH stellten ihr Projekt im Landtag NRW vor.

Die Heinsberger Abgeordneten Bernd Krückel und Thomas Schnelle sowie Stefan Lenzen (FDP) freuten sich über den Austausch mit den Vertretern aus ihrem Kreis. Viele weitere Mitglieder des Landtags zeigten großes Interesse an diesem Projekt.

UNSER NEUER

Liebe Kreis Heinsberger,

hier ist er, unser neuer und vor allem gemeinsamer Newsletter, der mehrmals im Jahr erscheinen wird. Neben den bestehenden Angeboten über unsere Internetseiten und in den sozialen Netzwerken, möchten wir mit diesem Newsletter informieren.

Jeweils im Anschluss an die Plenarsitzungen im Landtag möchten wir die für den Kreis HS und seine Einwohner relevanten Themen sowie Informatives und Unterhaltendes aus den zehn Städten und Gemeinden unseres Heimatkreises in einem so hoffen wir ansprechenden Layout aufbereiten und Sie und Euch zum Lesen animieren.

Wir haben uns deshalb bewusst dazu entschieden, nicht zwei einzelne Newsletter zu verfassen, bei dem sich zwangsläufig einige doppelte Inhalte wiedergefunden hätten. Vielmehr sind wir der Ansicht, dass unsere Leserinnen und Leser einen umfassenden Blick auf den gesamten Kreis zu schätzen wissen. Und dabei mit nur einer Ausgabe zusätzlich Zeit beim Lesen sparen. Wir wünschen Ihnen viel Spaß dabei und freuen uns auf Ihr und Euer Feedback!



Bernd Krückel
Südkreis Heinsberg



Thomas Schnelle
Nordkreis Heinsberg



Bernd Krückel MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

EDITORIAL

-BAHNHOF SANIERUNGEN DAUERN



Die Sanierungsarbeiten am Bahnhof in Hückelhoven-Baal dauerten viele Jahre, kritisiert Thomas Schnelle.

Foto: privat

Das „1000-Bahnhöfe-Programm“ des Bundesverkehrsministeriums soll dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen bei kleinen Bahnhöfen ermöglichen. Die Mittelzuteilung hierfür ist je nach Bundesland sehr unterschiedlich ausgeprägt.

So bekommt das Bundesland Bayern für 25 Sanierungsmaßnahmen der insgesamt 111 zur Sanierung anstehenden Bahnhöfe bundesweit einen Mittelzuwachs

in Höhe von 154,8 Mio. Euro zugesprochen, das Land Nordrhein-Westfalen für 29 Bahnhöfe allerdings weitaus weniger, nämlich 50,1 Mio. Euro. Während in Bayern schon 2020 begonnen wurde, die geplanten Maßnahmen umzusetzen, wird es in Nordrhein-Westfalen erst 2022 losgehen.

So beklagt Wilfried Oellers MdB: *„Die Bahnhöfe – nicht nur im Kreis Heinsberg, sondern in ganz NRW – sind häufig in einem beklagenswerten Zustand.“*

**ES IST DRINGEND, ARBEITEN AUCH AN KLEINEN STATIONEN
IN ANGRIFF ZU NEHMEN, UM MOBILITÄT FÜR ALLE MENSCHEN
ZU GEWÄHRLEISTEN.**

Bernd Krückel MdL ergänzt: *“NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) hat seit 2017 so viele Projekte baureif gemacht, dass Nordrhein-Westfalen nicht so benachteiligt werden kann.”*

Es gehe laut Wilfried Oellers nicht darum, eine Neiddebatte unter den Ländern anzufachen, sondern eine gerechte Lösung zu finden.

Die Maßnahmen kosten viel Geld und benötigen einen enormen organisatorischen Aufwand. Es sei also umso dringlicher, die Arbeiten an den kleineren Stationen in Angriff zu nehmen, um Mobilität

für alle Menschen zu gewährleisten.

Der für die vier Städte im nördlichen Kreis Heinsberg zuständige Landtagsabgeordnete Thomas Schnelle sieht die Notwendigkeit, anstehende und auch mittelfristig absehbare Modernisierungsmaßnahmen im Kreis Heinsberg frühzeitig in den Blick zu nehmen. *“Wir sehen bei den Bahnhofssanierungen, wie langwierig Planung und Umsetzung der Maßnahmen sein können. Am Bahnhof in Baal wird der Einbau eines Aufzugs erst dieses Jahr fertig werden. Der Wunsch dieser Modernisierung ist allerdings schon vor 20*

Jahren an die zuständigen Stellen formuliert worden.”

Die Umsetzung der Modernisierungsmaßnahmen scheiterte letztlich häufig am Vorhandensein der entsprechenden Finanzmittel. Eine deutliche finanzielle Besserstellung und Bevorzugung einzelner Bundesländer sei das falsche Signal, so die drei Abgeordneten: *“Es ist uns ein wichtiges Anliegen, gerade bei solch einer offensichtlich unterschiedlichen Bewertung, uns für einen Ausgleich einzusetzen. Letztlich käme dies dem Land Nordrhein-Westfalen und natürlich auch dem Kreis Heinsberg zugute.”*



Wilfried Oellers MdB

“Es ist schon auffällig, dass Bayern mit weniger Sanierungsprojekten eine dreimal höhere Unterstützung bekommt als NRW. Als Behindertenbeauftragter ist es mir ein besonderes Anliegen, dass überall und zeitnah Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit ergriffen werden.”



Bernd Krückel MdL

“Es ist für uns in Nordrhein-Westfalen nicht zu akzeptieren, dass der Bundesverkehrsminister derartig mehr Finanzmittel nach Bayern lenkt als in andere Bundesländer.”



Thomas Schnelle MdL

“Wir sehen bei den Sanierungen, wie langwierig Planung und Umsetzung der Maßnahmen sein können. Am Bahnhof in Baal wird erst in diesem Jahr der Einbau eines Aufzugs abgeschlossen werden.”

“HAUTHUNGER”

nach einem Jahr Corona-Einschränkungen

Was bedeutet ein Jahr Corona-Pandemie für eine Einrichtung wie die Lambertus gGmbH? Diese Frage stellten sich CDU-Landtagsabgeordneter Thomas Schnelle und FDP-Landtagsabgeordneter Stefan Lenzen und machten sich bei einem Besuch kurzerhand selbst ein Bild.



Yvonne Geurts, stellvertretende Geschäftsführerin, stellt Thomas Schnelle die Lambertus gGmbH vor.

Foto: Lambertus gGmbH

Dabei stellten sie fest, dass obwohl die Lambertus gGmbH eine der ersten Einrichtungen im Kreis war, in der die Bewohner und Mitarbeiter geimpft wurden, weiterhin großer Wert auf die Abstandsregeln, Hygiene, dem Tragen von FFP2-Masken und Schnelltests bei jedem Besucher gelegt wird.

Auch Thomas Schnelle und Stefan Lenzen mussten sich diesem Teil des Konzepts unterziehen, das vor allem die stellvertretende

Geschäftsführerin Yvonne Geurts auf die Beine gestellt hat, damit die Lambertus gGmbH die Coronakrise meistert. „Dank des Konzepts und sicherlich auch mit viel Glück sind wir bisher gut durchgekommen, ohne dass es zu einem COVID-19-Ausbruch kam“, erklärte Geschäftsführer Marcel Ballas den beiden Politikern. Bisher habe man rund 6.000 Tests durchgeführt, fuhr er fort. Thomas Schnelle und Stefan Lenzen wollten mehr zur Impfstrategie wissen und erfahren, dass alles reibungslos funk-

tionierte und innerhalb von drei Stunden 261 Bewohner und Mitarbeiter geimpft waren.

„Wir sind froh, dass wir das gemeistert haben“, unterstrich Marcel Ballas. Doch dies ändere leider nichts an den AHA-Regeln. Er sagte den Landtagsabgeordneten, dass es ihm und dem gesamten Team schwer falle, die Bewohner nicht berühren zu dürfen. Denn Nähe und Geborgenheit zu geben, gehöre zum Prinzip der Lambertus gGmbH. „Wir haben mit dem Wort

VORORT

„Hauthunger‘ eigens dafür einen Begriff geprägt“, so Ballas.

Bei einem Rundgang informierten sich Schnelle und Lenzen über Alternativangebote und das Leben der Bewohner in Zeiten der Pandemie. Sie stellten fest, dass trotz der vielen Herausforderungen,

die für die Mitarbeiter derzeit bestehen, niemand unter einem Burnout-Syndrom leidet, sondern alle hochmotiviert sind, gemeinsam die Situation zu meistern. Nach all diesen Informationen und Einblicken verabschiedeten sich die Politiker schließlich. Und Marcel Ballas stellte fest: „Es war ein schö-

nes Gefühl, dass Thomas Schnelle und Stefan Lenzen als lokale Politiker sich für einen Besuch Zeit genommen haben und unser Tun und Wirken in der Pandemiezeit auf diese Weise unterstützen und anerkennen.“

■ Eva Weingärtner

IMPFUNGEN BEGONNEN

In den Senioren- und Pflegeeinrichtungen im Kreis Heinsberg haben die Impfungen gegen Covid 19 im Januar begonnen. In den Gangelter Einrichtungen Katharina Casper ViaNobis wurden die ersten Impfungen durchgeführt, die Alten- und Pflegeheime St. Josef in Höngen und Waldenrath folgten.

Wilfried Oellers, Bernd Krückel und Thomas Schnelle informierten sich bei St. Josef in Waldenrath über die Organisation und Durchführung der Impfung. Geschäftsführer Volker Kratz empfing die Abgeordneten vor dem Altenheim, weil die Politiker zum Schutz der Bewohner die Einrichtung nicht betreten. „Im Vorfeld der Impfung hatten wir ein Wegekonzept erarbeitet, damit die Impfstraße im

Einbahnsystem erfolgt,“ so Volker Kratz. „Wir hatten ein Ärzteteam zur Unterstützung angesprochen und bereits einen Zeitkorridor benannt. Der Raum für die Rekonstruktion des Impfstoffs wurde völlig desinfiziert und die Screening-, Beratungs- und Wartebereiche aufgebaut. Geeignete Lagerungsmöglichkeiten wurden im Vorfeld vorbereitet sowie ein Ersatzkühlschrank und ein Stromaggregat installiert.“

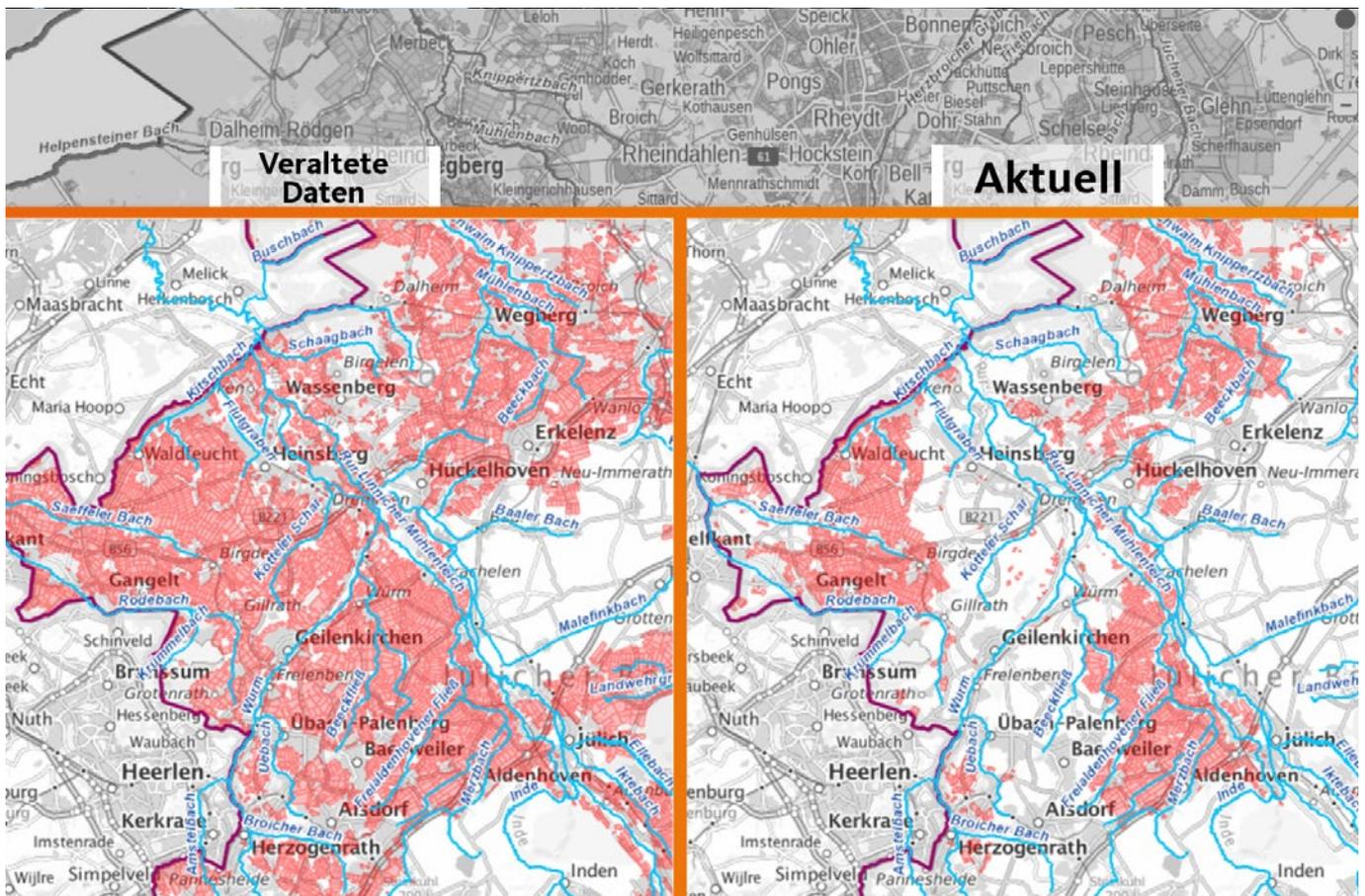
„Der Tag des Impfens ist sehr gut verlaufen, dank der guten Zeitplanung aller zu Impfenden. Abschließend sind wir dankbar, dass wir geimpft sind.“

Die Hintergrundinformationen, insbesondere die Kritik aus den Schilderungen sowie die Vor-

schläge für eine Verbesserung der Strategie waren für die politische Arbeit der Abgeordneten besonders wertvoll. Welche Wirkungen die Gesetze und Verordnungen haben werden, lässt sich am besten bei der Umsetzung vor Ort überprüfen.

Aktuelle Informationen zur Corona-Lage in NRW:
www.land.nrw/corona

LANDWIRTE ATMEN AUF



Ausschnitte der ELWAS-Karte der nitratbelasteten Gebiete, vor und mit der neuen Gebietskulisse.

Landwirtinnen und Landwirte können vor Beginn der Düngesaison aufatmen:

„Aktuellere Daten und eine differenzierte Betrachtung von unbelasteten Teilgebieten lassen in ganz NRW deutlich weniger Gebiete mit nitratbelastetem Grundwasser erkennen.“

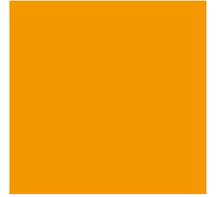
Gerade im Kreis Heinsberg, in dem die Landwirtschaft wegen der unter rot-grünen Vorgängerregierung ausgewiesenen Ge-

bietskulisse große Einschränkungen hinnehmen musste, werden die Erfolge der Politik, des Umweltschutzes, aber vor allem auch der Einsatz von Landwirtinnen und Landwirten nun deutlich“, wie die Heinsberger Landtagsabgeordneten Bernd Krückel und Thomas Schnelle übereinstimmend feststellten.

Das für die Landwirtschaft bedeutende Informationssystem ELWAS-Web stellt für ganz Nordrhein-Westfalen wasserwirtschaftliche

KULISSE

Der große Sprung bei der Abnahme der roten Gebiete gelang auch aufgrund des Engagements der Landwirtinnen und Landwirte sowie der Agrarpolitik der NRW-Koalition.



Daten bereit. Für den Schutz von nitratbelastetem Grundwasser ist das vom Umweltministerium bereitgestellte Portal ein wichtiges Werkzeug, an dem sich auch die Landwirtschaft für die Mengen der ausgebrachten Düngemittel orientiert. Von ursprünglich über 1 Mio. Hektar der ausgewiesenen, nitratbelasteten „roten“ Gebiete in NRW sind heute nur noch ca. 165.000 Hektar übrig.

Dieser Erfolg lässt sich vorwiegend auf zwei Faktoren zurückführen. Zum einen sehen wir an der neuen Gebietskulisse, dass all unsere Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers greifen und sich die Nitratbelastung des Bo-

dens messbar reduziert. Der große Sprung bei der Abnahme der roten Gebiete gelang jedoch auch aufgrund des Engagements der Landwirtinnen und Landwirte sowie der Agrarpolitik der NRW-Koalition. Wir konnten eine differenziertere Betrachtung der ausgewiesenen Gebiete durchsetzen und somit viele unbelastete Teilgebiete neu bewerten. Die Nitratbelastung war in dieser Hinsicht nie so hoch, wie es die unter Rot/Grün eingeführte, gröbere Gebietskulisse suggeriert hat.

„Ich werte dies als einen großen Erfolg für unsere Landwirtinnen und Landwirte im Kreis, denen nun Recht gegeben wurde mit ihrer Kri-

tik an der bisherigen Gebietskulisse“, so Bernd Krückel.

„Unsere gemeinsame Aufgabe ist nun, auch die verbleibenden nitratbelasteten Gebiete unter die Grenzwerte zu bringen. Für ein gesundes Grundwasser, eine zukunftsfeste Agrarpolitik und dafür, dass die Landwirtschaft wieder die Anerkennung erhält, die sie verdient hat,“ merkte Thomas Schnelle hierzu an und ergänzte: „Die noch bestehenden Unklarheiten, wie zum Beispiel gerade am Tagebaurand werden im Laufe des Jahres durch ein besonderes geostatisches Verfahren aufgearbeitet.“

SPORTFÖRDERUNG

Die NRW-Koalition hat mit dem Programm „Moderne Sportstätten 2022“ das größte Sportförderprogramm aufgelegt, das es je in Nordrhein-Westfalen gegeben hat – Gesamtvolumen 300 Millionen Euro. Damit sollen Vereine in NRW eine nachhaltige Modernisierung, Sanierung sowie Um- oder Ersatzneubau ihrer vereinseigenen Sportstätten und -anlagen durchführen können. Der gesamte Kreis Heinsberg erhält Fördergelder von

fast vier Millionen Euro. Die entsprechenden Förderanträge hierfür werden durch die jeweiligen Stadt- und Gemeindesportbünde mit ihren Mitgliedsverbänden koordiniert und abgesprochen. Neben bereits einigen anderen Vereinen erhielten zuletzt der Reitverein Scherpenseel über 95.000€ für die Modernisierung des Außenreitplatzes und der SSV Rurtal Hückelhoven 204.000 € für verschiedene Maßnahmen an ihrer Schießsport-

anlage. Weitere Anträge warten noch auf ihre Bewilligung. „Wir freuen uns sehr, dass die Vereine nun die Möglichkeiten haben, moderne und bedarfsgereichte Vereinssportstätten anzubieten. Denn nur wenn Sportstätten auf dem neuesten Stand sind, können Vereine ihre wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft wahrnehmen. Damit bleibt NRW Sportland Nummer eins,“ so Bernd Krückel und Thomas Schnelle.

FAHRRAD-BOOM

Rad- und Fußverkehr sicherer und attraktiver machen

Das NRW-Verkehrsministerium hat in dieser Woche den ersten Teil des „Förderprogramms Nahmobilität 2021“ veröffentlicht. Mit hohen Summen ist erstmals auch der Bund für Projekte vor Ort mit dabei. 156 Maßnahmen in ganz Nordrhein-Westfalen werden mit rund 50 Millionen Euro gefördert – auch der Kreis Heinsberg profitiert hier. Die Förderquote der Gelder von Bund und Land NRW beträgt für die Kommunen 80 bis 95 Prozent. Dazu erläutern Wilfried Oellers, CDU-Bundestagsabgeordneter für den Kreis Heinsberg und Thomas Schnelle, Landesabgeordneter des Heinsberger Nordkreises:

„Mobilität besser, sicherer und sauberer zu machen, ist das Ziel unserer Verkehrspolitik in Nord-

rhein-Westfalen. Nicht erst seit der Corona-Pandemie erlebt das Fahrrad einen wahren Boom. Immer mehr Menschen in NRW nutzen ihr Rad oder E-Bike in der Freizeit und für den täglichen Weg zur Arbeit.

Gut ausgebaute Rad- und Fußwege bedeuten deshalb neben mehr Sicherheit mehr Lebensqualität in unseren Kommunen. Nordrhein-Westfalen und der Bund unterstützen Städte und Gemeinden finanziell, den Rad- und Fußgängerverkehr vor Ort zu verbessern. So wird Kreisen, Städten und Gemeinden geholfen, die beispielsweise in Rad- und Gehwege oder Fahrradabstellanlagen, Wegweisungssysteme oder in ihre Öffentlichkeitsarbeit investieren.

Auch der Kreis Heinsberg profitiert direkt vom Förderprogramm Nahverkehr 2021 und kann insgesamt 3.441.800,00 € aus dem Programm abrufen. Den größten Posten macht hierbei der Bau des Radwegs auf der ehemaligen Bahntrasse Baal-Ratheim aus, der mit 2.832.000 € gefördert wird. Daneben wird die Sanierung des Radwegenetzes in Wegberg sowie in Erkelenz der Neubau von Radwegen in Schwanenberg und Holzweiler gefördert!

Wir wollen mit der Förderung der Nahmobilität ein attraktives Verkehrsnetz ausbauen, aus dem jeder Einzelne wählen kann. Damit leben wir nicht nur gesünder, sondern tun auch etwas für das Klima.“

Sofortmaßnahmen zum 8. März 2021

grundsätzlich

- Öffnung unter Corona-Auflagen: Buchhandlungen, Blumengeschäfte und Gartenmärkte
- Öffnung z. T. mit Test: Masseur, Kosmetik- und Nagelstudios, Sonnen- oder Tattoo-Studios u.a.m.
- Öffnung mit aktuellem Test: Fahr- oder Flugschulen

Der Weg aus dem Corona-Lockdown

bei Inzidenz von 50 bis 100

- Shopping im Einzelhandel mit Termin (Click & Meet)
- Besuch von Museen, Zoos oder mit Termin
- Individualsport draußen bis zu 5 Erwachsene
- Team sport bis zu 20 Kinder

bei Inzidenz von unter 50

- Öffnung Einzelhandel unter Auflagen
- Öffnung von Museen, Zoos oder Gärten u.ä.
- kontaktfreier Team sport draußen mit bis zu 10 Personen

Folgemaßnahmen I

14 Tage danach (frühestens ab 22. März)

bei Inzidenz von 50 bis 100 mit Schnelltest

- Öffnung von Außengastronomie mit Termin
- Besuch von Theater, Konzert, Opern und Kinos
- kontaktfreier Sport im Innenbereich
- Kontaktsport draußen (z. B. Fußball)

Folgemaßnahmen II

28 Tage danach (frühestens 5. April)

bei Dauer-Inzidenz von 50 bis 100

- erweiterte Öffnung im Einzelhandel
- kontaktfreier Sport im Innenbereich ohne Tests
- Kontaktsport draußen ohne Tests

bei Dauer-Inzidenz von unter 50

- Öffnung der Außengastronomie ohne Schnelltest
- Öffnung von Theatern, Opernhäusern und Kinos
- kontaktfreier Sport drinnen
- Kontaktsport draußen (z. B. Fußball)

bei Dauer-Inzidenz von unter 50

- Feste und Freizeitveranstaltungen im Außenbereich mit bis zu 50 Personen
- Kontaktsport im Innenbereich (z. B. Hallenhandball)

Notbremse: Liegt die Inzidenz an drei aufeinanderfolgenden Tagen über 100, gelten die Lockdown-Regeln wie Anfang März.

MEHR POLIZEISTELLEN

Innenminister Herbert Reul hat die Verteilung der 500 Stellen für die Tarifbeschäftigten (sogenannte Angestellte bzw. Polizeiverwaltungsassistenten) festgelegt, die von den Kreispolizeibehörden in diesem Jahr eingestellt werden können. Nachdem die Kreispolizeibehörde Heinsberg bereits im Jahr 2018 fünf neue Stellen, im Jahr 2019 fünf neue Stellen und im Jahr 2020 sechs neue Stellen erhalten hat, wird die Heinsberger Polizei in diesem Jahr um weitere fünf neue und zusätzliche Stellen freuen. Hierzu erklären die Landtagsabgeordneten der CDU-Landtagsfraktion NRW, Bernd Krückel und Thomas Schnelle, folgendes: „Nach insgesamt 16 neuen Stellen für Tarifbeschäftigte in den letzten drei Jahren profitiert die Kreispolizeibehörde Heinsberg auch in die-

sem Jahr von der klaren Schwerpunktsetzung der NRW-Koalition im Bereich der Inneren Sicherheit. Weitere fünf neue Stellen bekommt die Polizei in diesem Jahr. Das bedeutet einen Stellenzuwachs bei den Regierungsbeschäftigten von 21 Stellen oder 38,22 Prozent in nur vier Jahren.

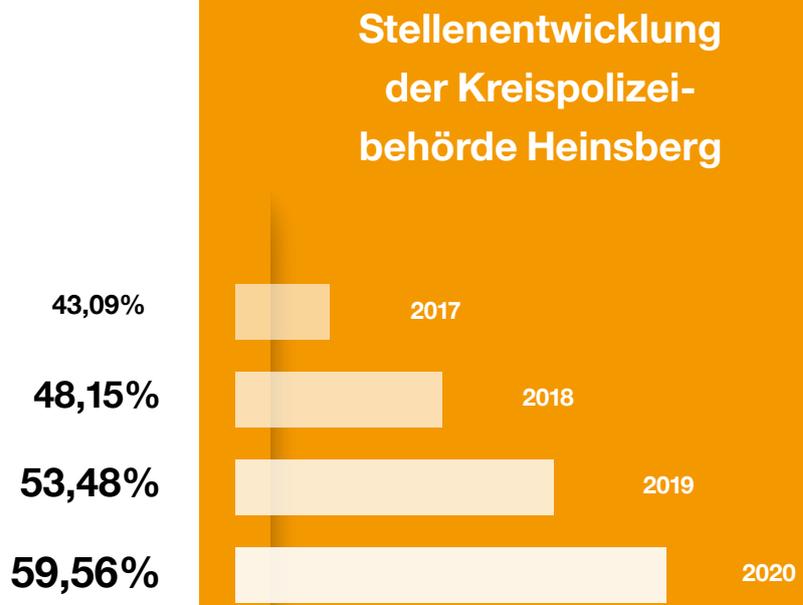
Im Jahr 2017 hatte unsere Polizei gerade einmal etwas mehr als 43 Stellen für Tarifbeschäftigte. Letztes Jahr waren es schon knapp 60 und jetzt kommen weitere fünf Stellen für den Kreis Heinsberg hinzu. Die zusätzlichen Stellen tragen erneut dazu bei, die Polizistinnen und Polizisten von administrativen Aufgaben zu entlasten, damit sie sich vermehrt und verstärkt auf die Kernaufgabe der Kriminalitätsbekämpfung konzentrieren können.

Auch die Kriminalkommissariate werden durch diesen neuen Personalschub nachhaltig entlastet, da die Tarifbeschäftigten im besonderen Maße auch Arbeiten in den Geschäftszimmern der Kriminalkommissariate übernehmen und Vorgänge ohne Ermittlungsansätze bearbeiten können. Zudem können Spezialisten für die Auswertung digitaler Medien zusätzlich eingestellt werden.

Wir freuen uns sehr, dass wir zum wiederholten Male die Stellen in der Kreispolizeibehörde Heinsberg erhöhen und so für nachhaltige Entlastungen sorgen. Daneben wird unsere Polizei weiter von den erhöhten Einstellungszahlen bei den Polizeianwärterinnen und -anwärtern profitieren,“ so Bernd Krückel und Thomas Schnelle.

Hintergrund

NRW-Innenminister Herbert Reul legt jedes Jahr im Januar oder Februar per Erlass die Verteilung der von der NRW-Koalition beschlossenen jährlichen Erhöhung der Stellen für Tarifbeschäftigte fest. Von 2018 bis einschließlich 2022 erhält die Polizei NRW jedes Jahr 500 neue und zusätzliche Stellen, die auf das Innenministerium, die drei Landesoberbehörden und die 47 Kreispolizeibehörden verteilt werden. Die Entwicklung der Stellen in der Kreispolizeibehörde Heinsberg hat sich gemäß „Belastungsbezogener Kräfteverteilung“ (sog. BKV) von 2017-2020 im Bereich der Tarifbeschäftigten wie folgt entwickelt:



Quellen: Belastungsbezogene Kräfteverteilung für Kreispolizeibehörden für das Jahr 2019, Aktenzeichen IM NRW – 401-58.25.01 Stand: Juli 2019, Punkt 3.2, Seite 15 und wie vorstehend, Stand: Juli 2020, Seite 16

Ministerium betrachtet Impfstoff-Vorbehalte gegen Astrazeneca mit Sorge

Der Corona-Impfstoff von Astrazeneca stößt offenbar auch in NRW auf gewisse Akzeptanzprobleme. Das nordrhein-westfälische Gesundheitsministerium berichtet, es habe einzelne Hinweise erhalten, dass die Impfbereitschaft mit Blick auf Astrazeneca bislang tendenziell verhalten ist. Das Ministerium betrachtet dies mit Sorge.

„Der zugelassene Impfstoff von Astrazeneca ist kein Impfstoff zweiter Klasse. Der Impfstoff zeigt eine gute Wirksamkeit und eine gute Verträglichkeit, um schwere Erkrankungen mit SARS-CoV 2 zu verhindern“, betonte ein Ministeriumssprecher. Die Impfverordnung des Bundes sehe derzeit vor, dass allen Menschen unter 65 Jahren, denen aufgrund der Priorisierung ein Impfangebot ge-

macht werde, dieser Impfstoff angeboten werden solle. Wegen der begrenzten Impfmengen bestehe leider noch nicht die Möglichkeit, sich den Impfstoff auszusuchen, betonte das Ministerium. Grundsätzlich stehe es aber jedem frei, auf einen eventuell zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Impfstoff zu warten. „Wann dies der Fall sein wird, kann derzeit nicht gesagt werden“, betonte der Sprecher.

Das Gesundheitsministerium empfiehlt aktuell, wegen möglicher Personalausfälle die Mitarbeiter der Rettungsdienste in kleinen Gruppen nach und nach gegen Corona zu impfen. Im Rahmen der fachlichen Beurteilung vor Ort sollte geprüft werden, wie die Belegschaft einer Einrichtung zeitlich gestaffelt sinn-

voll geimpft wird, um größere Personalausfälle zu verhindern. Nach dem Abklingen der Symptome könnten anschließend weitere Teile der Belegschaft geimpft werden.

Mitarbeiter der Rettungsdienste sowie weitere Angestellte und Ärzte der Priorisierungsstufe 1 im Alter unter 65 Jahren werden seit einigen Tagen in den Impfzentren mit dem Impfstoff von Astrazeneca geimpft. Grundsätzlich sind die auftretenden Nebenwirkungen bekannt und ein Zeichen für die gewünschte Gegenreaktion des Körpers. Sie entsprechen als relativ häufig vorkommende, aber mild verlaufende und schnell vorübergehende Symptome den Hinweisen in der Fachinformation.

Unionsspitze fordert Mandats- verzicht für Löbel und Nüßlein

Der CDU-Bundesvorsitzende Armin Laschet forderte die beiden in die „Maskenaffäre“ verstrickten Unionspolitiker Nikolas Löbel (CDU) und Georg Nüßlein (CSU) zum sofortigen Rücktritt auf. Die Politik versuche mit allen Mitteln, die Menschen zu schützen. „*Wer dann Geschäfte macht mit diesem Schutz, wer sich daran persönlich bereichert – der ist kein Volksvertreter. Und der muss das Parlament auch schleunigst verlassen*“, sag-

te Laschet dem ARD-Hauptstadtstudio.

Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus bezeichnete die „Maskenaffäre“ als „fürchterlichen Vorgang“, der dem Ansehen des Parlaments schade. Er halte es für „dringend geboten“, dass Löbel und Nüßlein ihre Bundestagsmandate aufgeben. Es sei eine moralische Frage der beiden Abgeordneten, wie sie damit umgingen.

CSU-Chef Markus Söder mahnte, die beiden Abgeordneten sollten „umgehend reinen Tisch machen“.

Bernd Krückel und Thomas Schnelle stimmen dem CDU-Chef zu: „*Ein solches Verhalten bringt alle diejenigen in der Politik in Misskredit, die sich mit aller Kraft für die Menschen und deren Unternehmen in ihrem Wahlkreis einsetzen.*“

LANDTAG